

## „Neue Armut“ durch Arbeitslosigkeit?

# Fakten gegen Sozialdemagogie

Mit großem Aufwand versuchen SPD und Teile der Gewerkschaften gegenwärtig, unter dem Schlagwort „Arbeitslosigkeit und neue Armut“ der Bundesregierung zu unterstellen, sie schaffe mit ihrer Politik „bewußt neue Armut“ (Gerd Muhr, stellvertretender Vorsitzender des DGB). Der Bundesregierung soll angelastet werden, daß die Gemeinden aufgrund steigender Sozialhilfe-Ausgaben nicht mehr investieren könnten und daß dadurch die Beschäftigungskrise verschärft würde.

Diese Vorwürfe sind aus der Luft gegriffen. Unbestreitbar ist vielmehr: Für die Regierung Helmut Kohl ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine der vordringlichsten politischen Aufgaben. Denn hinter der Arbeitslosenzahl, die monatlich bekanntgegeben wird, verbergen sich Millionen von Einzelschicksalen, und für jeden Betroffenen ist der Verlust seines Arbeitsplatzes ein persönliches Schicksal.

Die folgende Dokumentation setzt sich mit der sozialdemagogischen Kampagne auseinander.

## 1. Gegen Massenarbeitslosigkeit – für mehr Beschäftigung

„Aufgabe Nummer eins ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Hier geht es nicht nur um ein wirtschaftliches Problem, sondern auch um ein Gebot der *Menschlichkeit*“, betonte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze werden auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn in der Wirtschaft investiert wird, wenn die Chancen neuer Technologien genutzt werden und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt. Wirtschaftliches Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum geht es nicht; denn wirtschaftliches Wachstum erleichtert die im wirtschaftlichen Prozeß notwendigen Anpassungen.



Die Ursachen für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sind unter anderem Strukturprobleme, Schwierigkeiten bei der Umstellung auf neue Technologien, der internationale Wettbewerb, die Zunahme der Arbeitskräfte durch die geburtenstarken Jahrgänge. Aber auch hausgemachte Probleme zählen zu den Hauptursachen der Arbeitslosigkeit:

- Die investitions- und innovationsfeindliche Politik der SPD-Regierungen und eine zu hohe Belastung der Unternehmen mit Steuern und Abgaben haben die Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft gefährdet. 1970 lag der Anteil der Brutto-Investitionen am Bruttosozialprodukt noch bei 28 Prozent, bis 1982 ist er auf 21 Prozent gesunken. Gleichzeitig ist der Staatsverbrauch von 16 Prozent (1970) auf 21 Prozent (1982) angestiegen.
- Die von den SPD-Regierungen zu verantwortende hohe Staatsverschuldung hat die Spielräume für Investitionen des Staates schrumpfen und die Zinsen steigen lassen. Der Staat wurde immer weniger handlungsfähig; hohe Zinsen schreckten private Investoren ab. 1970 lag die Staatsverschuldung, gemessen am Bruttosozialprodukt, bei 19 Prozent, bis 1982 war sie auf 38 Prozent hochgeschneit.

**Als die Regierung Helmut Kohl im Herbst 1982 ihr Amt antrat, fand sie folgende Lage vor:**

**Wirtschaftsschrumpfung:** Die Wirtschaft wuchs nicht mehr, sie schrumpfte 1982 um 1,1 Prozent.

**Der Bund stand kurz vor dem Bankrott:** Die Staatsverschuldung betrug bereits 320 Milliarden Mark. Für 1983 hatte die SPD sogar mit einer Haushaltslücke von über 55 Milliarden Mark gerechnet.

**Inflation:** Die Preise kletterten 1982 um 5,3 Prozent. Arbeitnehmer, Rentner und Empfänger von Sozialleistungen mußten reale Einkommensverluste hinnehmen.

**Gefahr für die soziale Sicherung:** Bei Renten- und Arbeitslosenversicherung gab es Finanzlöcher in Milliardenhöhe; die Versicherungen standen vor der Zahlungsunfähigkeit.

**Arbeitslosigkeit:** Die Fieberkurve der Arbeitslosigkeit zeigte steil nach oben. 1969 hatten wir 180 000 Arbeitslose, nach 13 Jahren SPD-Regierung aber fast zwei Millionen, obwohl Milliarden Mark für unwirksame Beschäftigungsprogramme verpulvert worden waren.

**Gemessen an dieser Ausgangslage ist die Zwischenbilanz der Regierung Helmut Kohl außerordentlich positiv:**

**Staatsfinanzen:** Der Bund ist auf dem Weg zu geordneten Finanzen. Eine solide Haushaltsführung und Sparmaßnahmen haben die Voraussetzung für einen soliden und dauerhaften Aufschwung geschaffen. Durch die Beendigung der Schuldenwirtschaft konnten die Kapitalkosten gesenkt werden. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger wird durch die Steuerreform ab 1986 vermindert; es handelt sich um die größte Steuerentlastung in der Geschichte der



Bundesrepublik Deutschland. Die Konsolidierung hat der Politik neue Handlungsspielräume geschaffen, vor allem zur Entlastung der Familien und für mehr öffentliche Investitionen. Das alles stützt den Aufschwung und führt zu mehr Beschäftigung.

**Die Wirtschaft hat wieder neuen Schwung:** Die Regierung Helmut Kohl hat die Rahmenbedingungen für den Aufschwung geschaffen. Erstes Ergebnis: 1984 ist das Sozialprodukt real — also die Preissteigerung schon abgezogen — um 2,6 Prozent gewachsen; das sind weit über 30 Milliarden Mark. Und dies, obwohl die Arbeitskämpfe im Frühjahr den Wirtschaftsaufschwung nachhaltig gestört hatten. 1985 wird die Wirtschaft voraussichtlich sogar um real drei Prozent wachsen.

**Preisstabilität:** Seit 1982 ist die Preissteigerungsrate von 5,6 auf 2,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 1984 zurückgegangen. Auch 1985 bleiben die Preise stabil. Davon hat die SPD-geführte Regierung nur träumen können. Damals fraß die Preissteigerung die Lohn- und Gehaltserhöhungen restlos auf. Stabile Preise schaffen zusätzliche Kaufkraft. Die Nettolöhne und -gehälter, die Renten, Unterstützungen und Beamtenpensionen, haben im Vergleich zu 1982 rund 25 Milliarden Mark an Kaufkraft gewonnen. Stabile Preise wirken wie eine kräftige Lohnerhöhung. Erstmals haben die Arbeitnehmer tatsächlich wieder mehr in der Hand: die Löhne und Gehälter sind deutlich stärker gewachsen als die Preise.

**Soziale Sicherheit:** Die Arbeitslosenversicherung erzielt Überschüsse; die Zahlungen der Renten sind sicher. Die hervorragenden Wirtschaftsdaten und die solide Haushaltspolitik haben die Grundlagen für eine qualitativ neue Sozialpolitik geschaffen. Heiner Geißler hatte schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß Alter und Kinderreichtum zum Kennzeichen einer neuen Armut würden. Die Politik der Bundesregierung hat genau hier angesetzt: Konsolidierung der Rentenpolitik, Reform der Hinterbliebenenrente, Anerkennung von Erziehungsjahren, Verkürzung der Wartezeit in der Rentenversicherung von 15 auf fünf Jahre, Erziehungsgeld, Kindergeldzuschlag, Kindergeld für arbeitslose Jugendliche, Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen. Verbesserungen der Lage der Alleinerziehenden, mehr Teilzeitarbeitsplätze, arbeitsrechtliche Verbesserungen für die Arbeitsplatzteilung — dies alles sind Kennzeichen einer neuen Politik, die den Menschen hilft.

**Arbeitsmarkt:** Zwischen 1981 und 1982 stieg die Zahl der Arbeitslosen um 561 000 Personen oder 44,2 Prozent; von 1982 auf 1983 um 425 000 oder 23,2 Prozent; 1984 gab es nur einen minimalen Zuwachs der Arbeitslosenzahl. Die Fieberkurve der Arbeitslosigkeit flacht ab. Hier ist „die Wende nur in einer großen Kurve zu schaffen, und es gibt positive Signale“ (Norbert Blüm). So ist die Zahl der Kurzarbeiter massiv gesunken. Im Januar 1983 war sie mit 1 192 000 Personen noch viereinhalbmals so hoch wie im November 1984 (257 000 Personen). Die Zahl der offenen Stellen ist gestiegen, die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist gesunken.



Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit haben durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik 1984 den Arbeitsmarkt um mehr als 300 000 Personen entlastet. Mit fast 80 000 Arbeitnehmern wurde seit Herbst 1982 die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigten Arbeitnehmer fast verdreifacht. Der Mitteleinsatz für die berufliche Bildung, Fortbildung und Umschulung stieg um rund 20 Prozent. Mit dem Vorruhestandsgesetz hat die Bundesregierung die Grundlage für tarifvertragliche Vorruhestandsleistungen gelegt. Seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Mai 1984 können aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen bereits 260 000 ältere Arbeitnehmer in den Genuß der Vorruhestandsregelung kommen und damit Arbeitsplätze für Arbeitslose und Jugendliche freimachen. Das schafft zusätzlich Luft auf dem angespannten Arbeitsmarkt.

**Fazit:** Der in der öffentlichen Diskussion zum Thema „neue Armut“ direkt oder unterschwellig erweckte Eindruck, die Bundesregierung tue nichts gegen die Arbeitslosigkeit, ja sie sei Mitverursacher der neuen Armut, ist falsch. Die Bundesregierung hat im Gegenteil den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und durch aktive Politik Hunderttausenden Beschäftigungschancen verschafft. Ursache des Übels ist ein globales Arbeitsplatzdefizit. Dieses Arbeitsplatzdefizit ist, wie die Erfahrungen der 70er Jahre zeigen, nicht durch kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme aus der Welt zu schaffen. Die Entwicklung der zurückliegenden zwei Jahre belegt ebenso wie das jüngste Gutachten des Sachverständigenrates, daß die Bundesregierung mit ihrer Politik auf dem richtigen Weg ist.

## 2. „Neue Armut“? – Information gegen Agitation

Die Massenarbeitslosigkeit und die „neue Armut“, von der die SPD und Teile der Gewerkschaften reden, sind also nicht das Ergebnis von zwei Jahren Regierung Helmut Kohl. Arbeitslosigkeit ist ein schweres persönliches, familiäres und gesellschaftliches Problem. Gerade deshalb eignet es sich nicht für demagogische Auseinandersetzungen.

**Behauptet wird:** 1983 seien über 1,6 Millionen Erwerbslose ohne jede finanzielle Hilfe von den Arbeitsämtern geblieben.

**Tatsache ist:** Die Zahl 1,6 Millionen Erwerbslose umfaßt 600 000 gemeldete Arbeitslose ohne Leistungsbezug sowie eine Million in der sogenannten „stillen Reserve“.

Zu den genannten 600 000 Arbeitslosen ohne Leistungsbezug gehören Arbeitslose, die keinen Leistungsanspruch erworben haben, weil sie nicht erwerbstätig und damit nicht versichert waren, so zum Beispiel Hochschulabgänger. Dazu zählen ferner Arbeitslose, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschöpft ist und die keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, weil sie oder ihre nächsten Familienangehörigen über ausreichende Einkünfte zur wirtschaftlichen Sicherung der Familie verfügen. Gerade weil sie nicht arm sind, erhalten sie keine Arbeitslosenhilfe.



Die Angabe von einer Million Personen in der sogenannten „stillen Reserve“ geht zurück auf ein Rechenkonzept des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Diese Schätzung orientierte sich an Hochkonjunkturphasen mit Vollbeschäftigung. Angesichts der jetzigen und mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung muß jedoch von anderen Mustern im Erwerbsverhalten ausgegangen werden.

Zudem hat eine Zurechnung zur „stillen Reserve“ mit der Armutsschwelle überhaupt nichts zu tun. Wer Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Arbeitsförderungsgesetz benötigt oder intensiv einen Arbeitsplatz sucht, meldet sich beim Arbeitsamt und wird durch die Arbeitsmarktstatistik erfaßt. Das ist nicht nur die Auffassung der jetzigen Bundesregierung. Die frühere Parlamentarische Staatssekretärin Anke Fuchs (SPD) erklärte am 10. April 1981 vor dem Deutschen Bundestag: „Es ist davon auszugehen, daß jene Nicht-erwerbstätigen, die an einer Arbeitsaufnahme ernsthaft interessiert sind, sich beim Arbeitsamt melden.“ Und weiter: „Ich wiederhole, daß ich nicht der Auffassung bin, daß die stille Reserve für uns für die Arbeitsmarktpolitik von Bedeutung ist.“

**Behauptet wird:** Immer mehr Arbeitslose erhalten immer weniger Unterstützung.

**Tatsache ist:** 1984 wird sich der Prozentsatz der Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an der Gesamtzahl der Arbeitslosen nur geringfügig verändern. 1980 lag der Anteil bei 64,8 Prozent, 1983 bei 66,4 Prozent, im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1984 bei rund 65 Prozent. Hier sind zudem statistische Besonderheiten zu berücksichtigen. So werden Arbeitslose, deren Antrag auf Arbeitslosengeld noch nicht bewilligt ist, am Zähltag nur als Arbeitslose, aber noch nicht als Arbeitslosengeldempfänger gezählt. Unter Einberechnung dieser Gruppe erhielten 1983 72 Prozent aller Arbeitslosen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

Was sich allerdings verschoben hat, ist das Zahlenverhältnis zwischen Beziehern von Arbeitslosengeld und Beziehern von Arbeitslosenhilfe. Erhielten 1980 noch 79 Prozent der Leistungsempfänger Arbeitslosengeld und 21 Prozent Arbeitslosenhilfe, so lag von Januar bis Oktober 1984 die entsprechende Relation bei 59 zu 41 Prozent.

Diese Verschiebung ist zum weitaus größten Teil auf den erheblichen Anstieg der individuellen Dauer der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zurückzuführen. Im September 1983 waren 28,5 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Arbeit; 1982 waren es 21,3 Prozent, 1981 16,2 Prozent. Das bedeutet: Immer mehr Arbeitslose schöpfen ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld aus und sind im Anschluß daran auf die Arbeitslosenhilfe angewiesen. Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosenhilfe an der Gesamtzahl der Leistungsempfänger stieg von 21,1 Prozent im Jahre 1980 auf 32,4 Prozent im Jahre 1983 und auf 40,3 Prozent in den ersten neun Monaten des Jahres 1984.



**Von der Dauerarbeitslosigkeit sind insbesondere ältere Arbeitnehmer betroffen. Deshalb wird für Arbeitnehmer, die das 49. Lebensjahr vollendet haben, die Höchstdauer für den Bezug des Arbeitslosengeldes von bisher 12 auf 18 Monate verlängert.** Voraussetzung: in den letzten sieben Jahren müssen sie sechs Jahre lang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt haben. Diese Maßnahme wird die Bundesanstalt für Arbeit 1985 zusätzlich 1,06 Milliarden Mark kosten. Mit dieser Maßnahme stärkt die Bundesregierung das Versicherungsprinzip, auf dem die Arbeitslosenversicherung beruht. Wer länger Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt hat, soll auch länger Leistungen erhalten.

**Behauptet wird:** Im vergangenen Jahr stellten die Arbeitslosen bereits einen Anteil von 20 bis 25 Prozent aller Sozialhilfe-Empfänger.

**Tatsache ist:** Die Anzeichen sprechen gegen diese Behauptung. Mit Hilfe der amtlichen Statistik ist nicht genau zu beantworten, wie hoch die Zahl der registrierten Arbeitslosen tatsächlich ist, die eine zu geringe oder gar keine Arbeitslosenunterstützung erhalten und deshalb laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz benötigen. Denn der Sozialhilfeaufwand wird nicht nach Ursachen gegliedert erfaßt.

Zahlen des Statistischen Bundesamtes liegen erst für 1982 vor. Daraus geht auch nur hervor, daß von den 969 200 Haushalten, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, in 93 300 Haushalten — das sind 9,6 Prozent — ein Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe lebte. Diese 93 300 Haushalte müssen im Vergleich gesehen werden zur Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1982, nämlich 1,83 Millionen, sowie zur Anzahl der Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1982, nämlich 1,22 Millionen.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stiegen die Ausgaben für Sozialhilfe 1983 um 7,6 Prozent (1982 um 10,5 Prozent). Deutlich mehr als die Hälfte der Ausgabensteigerung entfiel dabei auf Leistungen innerhalb von Einrichtungen, unter anderem auf Pflegehilfe. Die Hilfen zum laufenden Lebensunterhalt sind demgegenüber in den letzten zwei Jahren nur um 1,1 Milliarden auf 6,7 Milliarden Mark gestiegen. Hier hat sich sicherlich zum Teil die Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Bei einem Ausgabenvolumen der Gemeinden von mehr als 150 Milliarden Mark kann aber — schon rein rechnerisch — von einer durch Arbeitslosigkeit dramatisch verschlechterten Investitionskraft der Gemeinden keine Rede sein.

Außerdem werden unter anderem folgende Maßnahmen zur Entlastung bei der Sozialhilfe führen:

- die Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose,
- die Wiederaufnahme der Zahlung von Kindergeld für junge Arbeitslose,
- die Anhebung des Kindergeldes für einkommensschwache Familien und weitere Verbesserungen im Familienlastenausgleich.



Die SPD sollte im übrigen besonders vorsichtig damit sein, die Bundesregierung für Ausgabensteigerungen bei der Sozialhilfe verantwortlich zu machen, denn:

- die „Explosion“ der Sozialhilfe-Ausgaben fällt in die Zeit der SPD-geführten Bundesregierungen. 1983 hat es — mit Ausnahme des Jahres 1979 mit 7,6 Prozent — die geringste Zuwachsrate bei der Sozialhilfe seit 1970 gegeben (1971 lag die Steigerung bei 20,4, 1974 bei 26,2, 1981 bei 11,4 Prozent),
- Leistungseinschränkungen beim Arbeitslosengeld, die auf die Sozialhilfe durchschlagen können, wurden vor allem im 1981 von der SPD-Regierung verabschiedeten Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz vorgenommen,
- zum Beispiel durch die Verlängerung der Beitragszeiten zur Arbeitslosenversicherung von sechs auf zwölf Monate, ehe man einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erhält. Demgegenüber dürfte die Herabsetzung der Leistungen für Arbeitslose ohne Kinder nach dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 (Arbeitslosengeld von 68 auf 63 Prozent, Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent) zu keiner nennenswerten Ausgabensteigerung der Sozialhilfe geführt haben, da die Kürzungen auf Arbeitslose ohne Kinder beschränkt worden sind und bei der Arbeitslosenhilfe nur zwei Prozentpunkte betragen.

**Gefordert wird:** Wir brauchen eine Mindestsicherung aller Arbeitslosen in Höhe der Sozialhilfe beziehungsweise eine Grundversorgung aller Arbeitslosen.

**Tatsache ist:** Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sind Lohnersatzleistungen, auf die man Ansprüche durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erworben hat. Sie ersetzen einen Teil des wegen Arbeitslosigkeit ausgefallenen Arbeitsentgeltes. Auch die Arbeitslosenhilfe ist lohnbezogen, ihre Gewährung hängt allerdings von der Bedürftigkeit des Arbeitslosen ab. Bedürftigkeit liegt vor, wenn keine anderen Einkünfte in ausreichender Höhe in der Familie vorhanden sind. Bedürftigkeit liegt beispielsweise meistens nicht bei Arbeitslosen vor, deren Ehegatte voll berufstätig ist.

Die Gewährung von Sozialhilfe richtet sich dagegen ausschließlich nach dem persönlichen und familiären Bedarf des Betroffenen. Die Sozialhilfe ist für Arbeitslose, die nicht oder nur kurze Zeit im Arbeitsleben gestanden haben und deshalb keine Versicherungsleistungen erhalten, das für alle Bürger bereitstehende Auffangnetz sozialer Sicherheit.

An dieser Grundstruktur unseres Systems sozialer Sicherung, in dem Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe Lohnersatzleistungen sind und die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz einspringt, wenn andere Sicherungssysteme nicht mehr greifen, muß festgehalten werden. Diese Grundstruktur wird auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund nicht in Frage gestellt.

Eine Verknüpfung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung mit denen der Sozialhilfe, wie sie in der Forderung nach einer Mindestsicherung aller



Arbeitslosen in Höhe der Sozialhilfe zum Ausdruck kommt, ist nicht möglich, da dies zwei grundverschiedene Systeme sind. Dies würde mit dem Lohnersatzprinzip in der Arbeitslosenversicherung nicht in Einklang stehen und zwangsläufig auch Auswirkungen auf andere Sozialleistungssysteme wie die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung haben:

- Das Arbeitsamt müßte neben der Höhe des ausgefallenen Arbeitsentgeltes auch den persönlichen Bedarf des Arbeitslosen feststellen.
- Eine Orientierung an der Sozialhilfe würde die bisher bundeseinheitlichen Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes aufheben, da Sozialhilfeleistungen nach landesunterschiedlichen Bemessungsgrundsätzen gewährt werden.
- Schließlich berücksichtigt die Sozialhilfe auch die Höhe der Mietbelastung des Betroffenen und gewährt zusätzlich noch Beihilfeleistungen in besonderen Fällen, etwa Heizkostenzuschüsse, Zuschüsse für die Anschaffung notwendiger Kleider. Diese Gesichtspunkte sind nicht lohnbezogen und können deshalb bei einer Lohnersatzleistung auch nicht berücksichtigt werden.

Die Autoren der Studie „Die neue Armut“ erwägen zur sozialen Sicherung von Arbeitslosen das **Modell einer finanziellen Grundversorgung aller Arbeitslosen**. Konkret angesprochen wird in der Studie ein von den Grünen diskutiertes Modell. Danach soll ein Grundanspruch von 800 Mark für jeden Erwachsenen (ab dem 60. Lebensjahr 1 200 Mark) und 400 Mark für jedes Kind vorgesehen werden. Bei Zugrundelegung von 2,2 Millionen Arbeitslosen hätte eine solche Grundsicherung 1984 zu Mehrkosten von 30 Milliarden Mark geführt. Die Folgen wären eine Verdoppelung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung, damit auch höhere Arbeitskosten und letztlich mehr Arbeitslose, kurz ein Teufelskreis.

## Zusammenfassung

Die gegen die Bundesregierung gerichteten Behauptungen halten einer nüchternen Prüfung nicht stand; sie sind einseitig, tendenziös und dienen lediglich zur politischen Agitation.

Bundesminister Norbert Blüm hat vor dem Deutschen Bundestag am 13. September 1984 gesagt: „Ich bin dagegen, die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland als Verelendung zu bezeichnen. Wer dies tut, der handelt zynisch gegenüber Millionen von Elenden, die es auf dieser Welt gibt. Unser Sozialstaat bewahrt uns noch immer vor Massenelend, und wir sollten seine Leistungen, an deren Zustandekommen auch Sozialdemokraten und Gewerkschaften beteiligt waren, nicht durch unzulässige Vergleiche in den Dreck ziehen.“